

# Aufsteiger muss abbauen

Neuer Chef der Privatbank Julius Bär unter Sparszwang: 500 Stellen in Gefahr

VON LUKAS HÄSSIG

ZÜRICH Monatlang gab die grösste Schweizer Privatbank Julius Bär vor, ohne Einschnitte durch die Krise zu kommen. Am letzten Mittwoch kam das Eingeständnis; auch Julius Bär muss korrigieren. «Wir reduzieren die Kosten um 10 bis 15 Prozent, was leider nicht ohne Personalabbau geht», sagt Bär-Sprecher Jan Bielinski.

Von den Ende 2008 über 4300 Stellen könnten 500 verschwinden. Seit Wochen werden einzelne Mitarbeiter entlassen. Auch die Essenzulage von monatlich 120 Franken am Hauptsitz in Zürich (ab Stufe Vizedirektor) fällt weg, Zeitungsabonnements werden gestrichen, Ausgaben für Flüge und Hotels reduziert.

## Die Vermögensverwaltung schrumpfte um 130 Milliarden

Bärs Hauptproblem ist die ungestüme Expansion in den letzten drei Jahren. Nach dem sechs Milliarden Franken teuren Kauf dreier Privatbanken und des Assetmanagers GAM von der UBS eröffnete die Privatbank Ableger rund um den Globus. 30 Milliarden Franken Neugeld strömten in die Bank. Aus 370 Kundenberatern wurden 619. Dabei griff die Bank

auch zu aggressiven Methoden: Fixsaläre von 500 000 Franken für Kundenberater und Boni in gleicher Höhe wurden teilweise für zwei Jahre im Voraus ausbezahlt.

Seit die Märkte einbrachen, ziehen die Kosten Bär in die Tiefe. Auf verwalteten Vermögen, die 2008 von 405 Milliarden Franken auf 275 Milliarden schmolzen, erzielt Bär weniger Gebühren. Das Management hat zu spät gemerkt, wie schwierig die Zeiten werden. Während Einnahmen und Gewinn zweistellig einbrachen, stieg der Personalbestand letztes Jahr um 6 Prozent. Die Kosten machen 62 Prozent der Erträge aus, 2009 waren es erst 58.

Trotz der anspruchsvollen Lage setzt der Verwaltungsrat auf einen relativ unerfahrenen Aufsteiger. Der 34-jährige Boris Collardi wird CEO der Bank Bär, dem wichtigsten Teil der Gruppe. Die Wahl begründet VR-Präsident Raymond Bär mit dessen «profunden Kenntnissen des Geschäftsmodells der Bank Julius Bär».

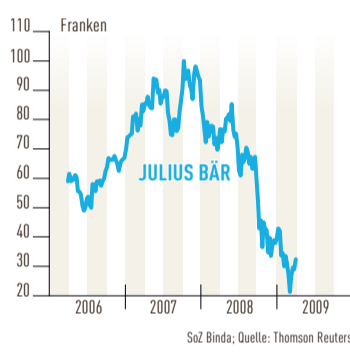
Der Schweizer Collardi machte eine Karriere im Windschatten von Alex Widmer, der sich um die Kunden kümmerte, während Collardi das Backoffice in Schwung hielt. Bevor er vor drei Jahren zur Bank Bär stiess, war er nach der

Matur zwölf Jahre für die Credit Suisse tätig. In seinem Curriculum klingen die Aufgaben eindrücklich. In Singapur sei er für das Projekt «Global Private Banking Center» zuständig gewesen. Tatsächlich baute er eine IT-Plattform für ein neues Buchungszentrum. Unter Mentor Widmer als Chef des CS



Boris Collardi: Designer CEO der Bank Julius Bär FOTO: KEY

## Einbruch und Korrekturen



Private Banking kümmerte sich Collardi ab 2003 um IT, Personal und Finanzen. Im CV steht jedoch «Global Chief Financial Officer & Head of Corporate Center», eine Funktion, die es laut CS nicht gab, da dieser Titel höheren Managern vorbehalten war. «Entscheidend ist, dass er für die Finanzen zuständig war und den Titel «CFO» mit Wissen seiner Vorgesetzten führte», lässt Collardi via Sprecher Bielinski ausrichten.

Ein Ex-CS-Manager spricht von einem «mutigen» Entscheid. Collardi sei nie an der Kundenfront gewesen, müsse nun aber Kunden und Berater von sich überzeugen. Laut einem Ex-Bär-Manager habe er primär Befehle seines Chefs Widmer ausgeführt. Und: Für die Kostenprobleme trägt Collardi eine Mitverantwortung. Noch im Sommer 2008 heuerte er Mitarbeiter an, statt wie die Kollegen von GAM auf die Bremse zu treten.

Intern für Aufsehen sorgte Collardi, als er nach seinem Wechsel zu Bär eine Überdachung des Parkplatzes am Zürcher Sitz für 90 000 Franken beantragte, um seine Ferraris und die Luxusautos von Widmer vor Hagel zu schützen. Der Antrag wurde abgelehnt. Heute fährt Collardi mit einem Fiat Cinquecento zur Arbeit.



MARKUS GISLER

*Es reicht!  
Die OECD-Liste  
ist ein Hohn*

Kürzlich ging bei einer Zürcher Bank die Anfrage des Finanzchefs einer Telecomgesellschaft eines afrikanischen Landes ein. Für die Zahlung von Beratungshonoraren wollte er ein Konto eröffnen. Freundlich wurde ihm beschieden, dass man an einer «Geschäftsbeziehung» nicht interessiert sei. Zu durchsichtig war das Manöver, Korruptionsgeld zu verstecken. Schweizer Banken sind ausserordentlich vorsichtig geworden. Kein Land hat ähnlich rigorose Vorschriften, wenn es um Terrorismusfinanzierung oder Geldwäscherei geht.

Ganz im Gegensatz etwa zu London und insbesondere zu Jersey, wo dank dem Finanzvehikel «Trust» (Stiftung) der wahre wirtschaftlich Berechtigte geheim bleiben darf. In den USA lassen sich in vier Staaten problemlos via Internet fiktive Firmen zur Steuerumgehung gründen. Miami ist der grosse Hafen für Drogengelder und generell die Steueroase südamerikanischer Vermögen. «Who cares?», sagen

*«Nettigkeiten auszutauschen, reicht nicht, jetzt gehören Fakten über Steueroasen auf den Tisch»*

sich Briten und Amis, seit Donnerstag sind dies offiziell weisse Steueroasen. Die OECD-Liste ist ein Hohn, in ihrer Oberflächlichkeit eine Infamie, die ganze Geschichte blanker Populismus. Die USA, Grossbritannien und der ehemalige Steueranwalt Sarkozy haben sich als skrupellose Interessenvertreter durch-

gesetzt. Das Herumhacken auf der Schweiz angesichts der eigenen Bevorteilung muss aufhören.

Das setzt allerdings eine aggressivere Schweizer Politik voraus. Die Schweizer Regierung muss anfangen, mit anderen Mitteln zu kämpfen. Auf Staatsbesuchen Nettigkeiten auszutauschen, reicht nicht, jetzt gehören zuhause der Weltöffentlichkeit Fakten über die real existierenden Steueroasen auf den Tisch. Das Global Forum der OECD, verantwortlich für die Liste, informiert nicht, sondern verschleierte. Nötig ist eine Übersicht über Steueroasen, die konkret und detailliert aufzeigt, was wo möglich ist, ähnlich wie dies der australische Professor Jason Sharman im «Economist» getan hat. Der Bundesrat soll eine Fachgruppe ernennen, die eine offizielle Analyse der Steueroasen erstellt. Fachleute gibt es genügend in der Schweiz, welche die Verhältnisse in Belize, auf den Cook Islands oder auf Jersey kennen. Die Resultate einer solchen offiziellen Schweizer Untersuchung sind notfalls per Inseratekampagne in ausländischen Medien zu publizieren. Wir dürfen uns nicht länger von den eigennützigen Kräften in der OECD ins Bockshorn jagen lassen. Es reicht!



Sitz der Bank Julius Bär in Zürich: Die ungestüme Expansion der letzten drei Jahre wird jetzt zum Problem

FOTO: A. DELLA BELLA/KEYSTONE

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 55

## Meinl plante Flucht in die Schweiz

eine Effektenhändlerin, die sich der «individuellen und persönlichen Betreuung wohlhabender Privatanleger» verschrieben hat und sich vollständig in seinem Besitz befindet. Meinl ist deren Vizepräsident.

Die Gesellschaft untersteht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht Finma. Diese ist aktiv geworden, wie ein Sprecher gegenüber der SonntagsZeitung bestätigt. «Wir machen eine Voruntersuchung für eine Gewährsprüfung.» Das bedeutet: Die Finma klärt angesichts der massiven Anschuldigungen der Wieder Staatsanwaltschaft ab, ob Meinl noch Gewähr für eine einwandfreie Geschäftsbesorgung bieten kann.

Ebenfalls unter Beobachtung der Finma ist der Geschäftsführer der Citation SA, Georg J. Kucian, ein Schweizer. Laut Handelsregister antwortet er auch als Verwaltungsratspräsident der Meinl European Real Estate Advisory AG in Zürich. Laut österreichischen Medienberichten ist sie eine von diversen Gesellschaften, die in den Finanzskandal verwickelt sind. Laut dem Finma-Sprecher liegt der Schweiz noch kein Gesuch für Amts- oder Rechtshilfe von den österreichischen Behörden vor.

## Meinl-Mohr ist die bekannteste Marke in Österreich

Meinl ist der Erbe eines Grosshandelsimperiums in der fünften Generation. Als er vor 25 Jahren

das Erbe antrat, übernahm er eine Gesellschaft, die bereits zu Zeiten der Habsburger Monarchie die gehobene Gesellschaft über sein weites Filialnetz mit Feinkost belieferte. Die Kunden konnten schon damals ihre Sparbänken in den Filialen anlegen. Daraus entstand die Meinl Bank. Der junge Spross verkaufte bald das Handelsgeschäft an Billi und Spar und konzentrierte sich auf die Finanzgeschäfte. In den 80er- und 90er-Jahren baute er die Meinl Bank zu einer Investmentbank um, die zahlreiche Börsengänge durchführte, darunter jenen des Wettunternehmens Bet and Win.

Der Meinl-Mohr, der einen roten Fez trägt, ist eine der bekanntesten Marken in Österreich. Ihren Wert hat Julius V. nachhaltig abgewirtschaftet.

## An der Sulzer-GV riechts nach Eklat

Viktor Vekselbergs Renova könnte an den Dispo-Aktien scheitern

WINTERTHUR An der Generalversammlung von Sulzer am nächsten Mittwoch droht ein Eklat. Eine Präsident Ulf Berg nahe stehende Aktionärsgruppe hegt offenbar den Gedanken, Minderheitsaktionärin Renova des russischen Unternehmers Viktor Vekselberg in letzter Sekunde das Stimmrecht zu entziehen. Das kann der Sulzer-VR entscheiden, wenn er der Überzeugung ist, dass Renova die Abmachungen des Stillhalteabkommens gebrochen hat. Dies sieht das Abkommen vor. Gebrochen wäre es etwa, wenn Renova sich zu möglichen neuen Verwaltungsräten äussert. Der Sulzer-VR könnte den Stimmrechtsentzug noch am Tag der GV anordnen.

Derweil versucht Vekselberg Verwaltungsräte auf seine Seite zu ziehen. In einem Interview mit der NZZ sagte er, dass er Daniel Sauter – anders als früher angekündigt – nun doch unterstütze. Bekannt ist auch, dass Vekselberg sich Ex-ABB-Präsident Jürgen Dormann als neuen Sulzer-Präsidenten wünscht. Doch Dormann kann an der GV nicht gewählt werden, weil nur «Wiederwahlen» traktandiert sind. Dormann kann frühestens an einer ausserordentlichen Generalversammlung gewählt werden, die nach Ablauf des Stillhalteabkommens im Mai einberufen werden kann.

Doch es gäbe eine schnellere Methode. Laut Professor Peter V. Kunz kann an der GV vom Mitt-

woch unter «Varia» jeder Aktionär die Einberufung einer ausserordentlichen GV verlangen.

Wie die Stimmverhältnisse nächste Woche sein werden, ist wieder unklarer geworden. Vekselberg hat seinen Anteil nochmals aufgestockt und kommt jetzt auf 31,2 Prozent. Unter normalen Umständen reicht das, um eine GV zu bestimmen. Einen Strich durch die Rechnung könnten allenfalls noch die Dispoaktien machen. Der Bestand der Sulzer-Aktien in den Dispobeständen hat sich in den vergangenen Tagen von 30 auf 20 Prozent verringert, hört man von Sulzer-nahen Quellen. Das heisst, an der GV könnten 80 Prozent der Stimmen vertreten sein. B. SCHMID UND J. F. TANDA